

Zeitung.

1917
6. Januar

Der eingeschränkte Verkehr.

Wie die Groß-Berliner Gemeinden sich dazu stellen.

Am Montag wird der Verbandsausschuß des Verbandes Groß-Berlin sich unter Vorsitz von Oberbürgermeister Wermuth mit der Einschränkung des Straßenbahnverkehrs befassen.

Der Berliner Magistrat wird, wie wir erfahren, im Einklang mit seiner Eingabe, die er an das Polizeipräsidium gerichtet hat, in der Zweckverbandsitzung darauf dringen, daß dieser für Aufhebung der Verkürzung bei einer Reihe von Straßenbahnlinien eintritt. Die bisherigen Erleichterungen genügen durchaus nicht.

Oberbürgermeister Scholz von Charlottenburg teilt einem unserer Mitarbeiter ungefähr folgendes mit: Charlottenburg leidet außerordentlich unter dem plötzlich eingeschränkten Nachtverkehr. Die Verkehrsdeputation des Magistrats hat sich bereits mit dieser Frage beschäftigt und der Magistrat selbst hat auf Grund dieser Beratung gestern eine ganz geharnischte Eingabe an den Polizeipräsidenten von Berlin gerichtet. In dieser Eingabe habe ich ausgeführt, daß unsere Einwohnerschaft unter dem plötzlich eingeschränkten Nachtverkehr außerordentlich stark zu leiden hat. Wir können freilich nicht durch Zählung feststellen, wie sehr diese plötzliche Einschränkung bei uns gewirkt hat, ebensowenig wie man das in Berlin vermag. Das würde auch für Charlottenburg gar keinen Zweck haben, da es weniger auf die Wagen ankommt, die von Charlottenburg nach anderen Orten gehen. Die meisten Charlottenburger haben beruflich auf Berliner Gebiet zu tun. Eine Reihe von Beschwerden sind bereits aus dem Kreise unserer Bürgerschaft an die städtischen Behörden gelangt. Im Interesse unserer Einwohner müssen wir dringend um Abhilfe bitten. Wir haben auch ausdrücklich hervorgehoben, daß es sich nicht etwa um Leute handelt, die sich des Vergnügens halber in Berlin aufhalten, sondern vor allem um Berufsarbeiter. In der Eingabe an den Polizeipräsidenten haben wir diese Verhältnisse klar gelegt. Wir haben eine Abschrift dieser Eingabe an den Verbandsdirektor Dr. Steiniger gesandt und ihn gebeten, daß der Verband Groß-Berlin unser Vorgehen nachdrücklich unterstützen möchte.

Oberbürgermeister Dominicus von Schöneberg erklärte: Der Schöneberger Magistrat wird vorläufig keine besonderen Schritte unternehmen. Da diese Sache am Montag im Zweckverbands-Ausschuß zur Sprache kommt, so wird man erst abwarten, was hier beschlossen wird. — Wie wir sonst aus Schöneberger Magistratskreisen erfahren, sind dort besondere Klagen der Bevölkerung über die Verkehrsbeschränkung in größerem Umfange bis jetzt nicht laut geworden. Man hofft auch, daß der nachdrückliche Einspruch, den Oberbürgermeister Wermuth erhoben hat, von Erfolg sein wird.

Auch in Wilmersdorf empfindet man die plötzliche Einschränkung des Verkehrs außerordentlich. Die Nachtverbindungen hören dort anderhalb bis zwei Stunden früher auf. In den späten Nachtstunden ist z. B. auf der Linie F gar kein Mitkommen. Der Wilmersdorfer Magistrat hat schon eine Eingabe in dieser Angelegenheit an den Polizeipräsidenten gerichtet und nachdrücklich auf die ganz unhaltbaren Zustände hingewiesen. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich Mitte dieses Monats ebenfalls mit der Angelegenheit beschäftigen, und in den nächsten Tagen befaßt sich auch die Verkehrsdeputation damit.

Aus Magistratskreisen in Neubrück erfahren wir: Bei Verkürzung der Endtermine der verschiedenen Straßenbahnlinien hat man auf die gewerblichen Verhältnisse doch zu wenig Rücksicht genommen. Man wird ohne weiteres zugeben müssen, daß jetzt, wo die Gastwirtschaften und Theater früher schließen müssen, auch der Straßenbahnverkehr in den Nachtstunden eine Einschränkung erfahren kann, aber das darf nicht schematisch erfolgen und vor allem Dingen müßte auch gerade, wenn ein früherer Schluß des Straßenbahnverkehrs eintreten soll, die Wagenfolge in der letzten Stunde eine schnellere sein. Fast schlimmer noch als die Verkürzung der Endtermine ist die Einschränkung des